Zwischen Etablierung und Mainstreaming: Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus

Anna-Sophie Heinze

Angenommen: 27. Januar 2022 / Online publiziert: 17. Februar 2022
© Der/die Autor(en) 2022

1 Einleitung

Über kaum ein anderes Phänomen wurde in den letzten zwei Jahrzehnten so viel diskutiert und publiziert wie über „den“ Populismus. Dabei dreht sich die öffentliche und wissenschaftliche Debatte vor allem um rechten, weniger um linken Populismus. Dies ist vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung (populistischer) rechtsradikaler Parteien, Bewegungen und Akteure weltweit kaum verwunderlich. In der Politikwissenschaft existiert bereits eine nahezu unüberschaubare Vielzahl an internationaler Forschung zu den Merkmalen, Erfolgsfaktoren und dem Einfluss jener Parteienfamilie (einen ersten Überblick erlaubt die Bibliographie von Arzheimer 2021). Trotz der enormen theoretischen, methodischen und empirischen Vielfalt der Studien können diese teilweise nur noch wenig Neues dazu beitragen, wie der wachsenden Bedeutung „des“ Rechtspopulismus begegnet werden kann. Das Ziel des vorliegenden Artikels ist es daher, die bisherigen Erkenntnisse der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus möglichst umfassend darzustellen, ihre Grenzen aufzuzeigen und zukünftige Forschungsperspektiven zu skizzieren. Da hierbei freilich nicht auf alle Arbeiten gleichermaßen eingegangen werden kann, wird der Fokus auf generellen Forschungstrends und -desideraten liegen.

Die internationale Rechtspopulismusforschung hat seit der Jahrtausendwende einen enormen Aufschwung erfahren. Während anfangs vor allem theoretisch-konzeptionelle Fragen (Was ist Populismus bzw. was zeichnet solche Parteien aus?) und Faktoren der Angebotsseite (z. B. Programmatik, Organisation und Strategien jener Parteien) im Mittelpunkt standen, hat sich das Forschungsfeld in rasanter Geschwindigkeit aufgefächert. Mittlerweile existieren zahlreiche Studien zur Nachfrageseite (Wer wählt populistische rechtsradikale Parteien, und warum?). Daneben entstand

Dr. Anna-Sophie Heinze (✉)

Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung (TIDUP), Universität Trier, Trier, Deutschland
E-Mail: heinzea@uni-trier.de

relativ bald ein Forschungsstrang, der sich mit dem direkten und indirekten Einfluss jener Parteien und Akteure beschäftigt und versucht, effektive Gegenstrategien zu entwickeln. Der vorliegende Artikel ist daher wie folgt gegliedert: Im nächsten Abschnitt stehen zentrale Merkmale, Erfolgsfaktoren und der Einfluss (populistischer) rechtsradikaler Parteien im Fokus. Dabei wird auch die Normalisierung und das Mainstreaming von Rechtsaußenpolitik in den Blick genommen, da diese die liberalen Demokratien weltweit immer stärker unter Druck setzen. Darauf aufbauend werden bestehende Forschungsdesiderate herausgestellt und neue Arenen sowie methodische Zugänge bei der Erforschung der radikalen Rechten in den Blick genommen. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und ein Ausblick auf zukünftige Herausforderungen bei der Erforschung von Rechtsaußenphänomenen gegeben.

2 Konzeptionelle Grundlagen: (Rechts-)Populismus und Demokratie

Es ist nahezu unmöglich, dieses Kapitel ohne Verweis auf die Arbeiten des niederländischen Politikwissenschaftlers Cas Mudde (2004, 2007) zu beginnen. Mit seinen theoretisch-konzeptionellen Überlegungen legte dieser für den Großteil der Forschungscommunity den Grundstein, was unter Populismus zu verstehen ist und wie sich dieser von Extremismus und (liberaler) Demokratie abgrenzt. Jene Fragen beschäftigten einzelne Autor:innen bereits seit den 1980er-Jahren. Laut Mudde (2004, S. 543) bezeichnet Populismus „eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene antagonistische Gruppen getrennt ist, das „reine Volk“ und die „korrupte Elite“, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck des *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll“ (*Übersetzung durch die Autorin*). Eine solche „dünne“ Ideologie verfügt nur über einen begrenzten ideologischen Kern und kann mit verschiedenen „Hochideologien“ kombiniert werden, etwa Nationalismus, Kommunismus oder Sozialismus. Damit knüpfte Mudde an verschiedene Vorarbeiten an (s. etwa Canovan 1981; Freedon 1998; Decker 2000; Taggart 2000). Zudem betonte er in aller Deutlichkeit, dass Populismus mehr sei als nur ein politischer Stil oder eine (Diskurs-)Strategie – eine Ansicht, die nicht alle mit ihm teilen (s. etwa Laclau 2005; Hawkins 2009; Weyland 2017; Moffitt 2020).

In seinen jüngsten Arbeiten verdeutlicht Mudde (2019) mit Nachdruck, warum sich der grundlegende Wandel der Parteiensysteme und die Gefahr für die liberale Demokratie weniger mit dem Konzept des Populismus verstehen lässt, sondern vielmehr mit denen des Nativismus und des Autoritarismus. Die entsprechenden Grundpfeiler hatte er bereits früher gelegt, indem er Nativismus definierte als „eine Ideologie, die besagt, dass Staaten ausschließlich von Mitgliedern der einheimischen Gruppe („der Nation“) bewohnt werden sollten und dass nicht-einheimische Elemente (Personen und Ideen) eine grundlegende Bedrohung für den homogenen Nationalstaat sind“ (Mudde 2007, S. 19; *Übersetzung durch die Autorin*). Autoritarismus definierte Mudde (2007, S. 23) als „den Glauben an eine streng geordnete Gesellschaft, in der Autoritätsverstöße streng geahndet werden sollen“ (*Übersetzung durch die Autorin*). Da jene Parteienfamilie vor allem vom Nativismus und nicht vom

Populismus geprägt wird, plädiert Mudde (2007, S. 26) für den Terminus (*populist*) *radical right*. In seinen neueren Arbeiten nutzt Mudde (2019) zudem verstärkt den Oberbegriff „far right“ für (*populist*) *radical right*- und *extreme right*-Akteure, um deren ideologische Überschneidungen zu verdeutlichen. Während sich jene Bezeichnungen in der englischsprachigen Literatur größtenteils durchsetzen konnten, ist im deutschen Sprachgebrauch nach wie vor meist von Rechtspopulismus die Rede (was sicherlich auch mit den weniger griffigen Übersetzungen „populistischer Rechtsradikalismus“ oder „Rechtsaußenparteien“ zusammenhängt).

Eine weitere vieldiskutierte Frage ist die nach dem Verhältnis von Populismus und (liberaler) Demokratie. Schon früh wurde argumentiert, dass Populismus – anders als Extremismus – nicht prinzipiell antidemokratisch ist, jedoch in einem grundlegenden Konflikt mit der *liberalen* Demokratie steht (Canovan 1999; Mény und Surel 2002; Mudde 2007). Dies lässt sich auf die populistische Vorstellung zurückführen, es gebe einen homogenen Volkswillen, der ohne Restriktionen umgesetzt werden müsse und die Grundlage sämtlicher Politik darstelle (Mudde 2007, S. 151). Damit ist Populismus nicht mit Pluralismus vereinbar, zu dem das Aushandeln verschiedener gesellschaftlicher Interessen sowie der Schutz von (politischen, sozialen, religiösen, kulturellen, sexuellen etc.) Minderheiten gehört. Jener Konflikt offenbart sich etwa in der häufig von Populist:innen artikulierten Forderung nach „mehr“ direkter Demokratie, durch die sie vorgeben, die Macht von den „korrupten Eliten“ an „das Volk“ zurückzugeben (ebd.: 151f.). Wie die Nutzung direktdemokratischer Instrumente allen voran zur Polarisierung und zur Verletzung von Minderheitenrechten beiträgt, veranschaulichen zahlreiche von der SVP forcierte Volksabstimmungen, etwa jüngst zum „Verhüllungsverbot“.

Schließlich münden jene konzeptionellen Überlegungen in der Frage, wie Populismus zu messen sei – und zwar sowohl im Hinblick auf populistische Einstellungen (s. etwa Akkerman et al. 2014) als auch Kategorisierungen einzelner Parteien. Letzteres geschah in der Vergangenheit teilweise auf der Grundlage qualitativer Analysen (s. etwa Mudde 2007; van Kessel 2015) oder von Experteneinschätzungen, wie bei der *PopuList* (Rooduijn et al. 2019). Letztere umfasst mittlerweile europäische Parteien in 31 Ländern und stützt sich auf die vorgestellten Konzepte von Populismus, Nativismus und Autoritarismus (Mudde 2004, 2007). Ein fortwährendes Problem ist dabei die Einordnung von „Grenzfällen“. In ihrer Studie schlagen Meijers und Zaslove (2020) daher – aufbauend auf den bisherigen Studien zur Populismusmessung – einen neuen, multidimensionalen Ansatz vor, um den Grad von Populismus präzise zu bestimmen.

3 Angebotsseite: Programmatik, Organisation, Strategien

Populistische rechtsradikale Parteien und Akteure sind mittlerweile in fast allen Demokratien weltweit vertreten. Während einige Parteien schon sehr früh gegründet wurden (etwa die FPÖ 1955 oder der Front National 1972), galten andere Länder lange Zeit als „Ausnahmen“, etwa Deutschland, Spanien oder Portugal (Heinze 2020; Mendes und Dennison 2021; zur Erklärung dessen siehe etwa de Jonge 2021). Laut Mudde (2019) befindet sich Rechtsaußenpolitik heute in der vierten Welle

der Nachkriegszeit, die vor allem von der Normalisierung und dem Mainstreaming geprägt ist (s. Abschnitt 5). Während der klassische „Neofaschismus“ zwischen 1945 bis 1980 noch stärker im Vordergrund stand, wandelten sich jene Parteien bis in die frühen 2000er-Jahre. Im Folgenden werden die zentralen inhaltlichen, strategischen und organisatorischen Entwicklungen der (populistischen) radikalen Rechten zusammengefasst.

Inhaltlich-strategisch haben sich Rechtsaußenparteien im Laufe der Zeit immer stärker aufgefächert und versucht, ein „moderates“ Image aufzubauen. Selbst in den Fällen, in denen sie anfangs einen starken Fokus auf einzelne Themen hatten, können sie längst nicht mehr als Einthemenparteien bezeichnet werden. So wurden etwa die dänischen und norwegischen Fortschrittsparteien Anfang der 1970er-Jahre als steuerkritische Protestparteien gegründet und griffen erst seit den 1980er-Jahren verstärkt Immigrations- und Integrationsfragen auf (Heinze 2018). Auch die AfD hat sich von einer euroskeptischen, neoliberalen zu einer rechtsradikalen Partei entwickelt (siehe etwa Berbuir et al. 2015; Arzheimer 2019). Seit der Verabschiedung ihres Renten- und Sozialkonzepts lassen sich die inhaltlichen Positionen der Partei zu allen großen politischen Sachfragen bestimmen. Das Forschungsinteresse an der inhaltlich-programmatischen Entwicklung jener Parteien erfährt nach wie vor hohes Interesse und spiegelt sich in einer Vielzahl an (v.a. quantitativen, aber auch qualitativen) Inhaltsanalysen von Wahl- und Parteiprogrammen wider. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch jüngere Arbeiten, die die wachsende Bedeutung relativ neuer Themen für jene Parteienfamilie unter die Lupe nehmen, etwa Gender (Köttig et al. 2017), Klima und Umwelt (Forchtner 2019) oder Gesundheit (Falkenbach und Greer 2021).

Auch organisatorisch haben sich Rechtsaußenparteien mit der Zeit deutlich gewandelt, wenngleich jener Forschungsstrang bislang deutlich weniger Aufmerksamkeit erfährt als der um programmatisch-inhaltliche Positionen. Das kann auf die dahinterliegenden theoretisch-konzeptionellen sowie methodischen Herausforderungen zurückgeführt werden, etwa den schwierigen Zugang zum Feld (ausführlich dazu Art 2018). Dennoch liegen bereits einige Studien vor, die Einblick in den organisatorischen Wandel von Rechtsaußenparteien bieten. So waren die frühen Vertreter der Parteienfamilie vor allem von einem „charismatischen“ Führer (z.B. Jean-Marie Le Pen oder Jörg Haider) und einer starken Machtzentralisierung geprägt (Betz 1998). Jenes „Standardmodell“ traf mit der Zeit immer seltener zu und kann die Organisationswirklichkeit der meisten Rechtsaußenparteien heute nicht mehr zutreffend beschreiben. So hatte etwa die AfD nie einen „charismatischen“ Führer und war stattdessen von einem hohen Grad innerparteilicher Demokratie geprägt (Heinze und Weisskircher 2021; Höhne 2021). Zudem treten Teile der Partei stark „bewegungsorientiert“ auf (Schroeder et al. 2017) und scheuen nicht die offene Kooperation mit Rechtsaußenprotesten und -bewegungen wie PEGIDA oder „Querdenken“ (Weisskircher und Berntzen 2019; Heinze und Weisskircher 2022). Neben solchen Einzelfallanalysen existieren mittlerweile einige vergleichende Studien zur Entwicklung und Organisationsvielfalt europäischer Rechtsaußenparteien (Heinisch und Mazzoleni 2016; Castelli Gattinara und Pirro 2019; Albertazzi und van Kessel 2021).

Daneben geben zahlreiche Studien Einblicke in die Kommunikation und Aktivitäten rechtsradikaler Parteien und Akteure, die von einer immer größeren transnationalen Vernetzung geprägt sind. Entsprechend der teilweise vorherrschenden Vorstellung von Populismus als politischen Stil verwundert es kaum, dass die Reden einzelner populistischer Führer:innen bereits vielfach analysiert wurden und teilweise zu überraschenden Ergebnissen führten: So nutzten jene Akteure nicht zwangsläufig eine „einfache“ Sprache, um sich als Vertreter:innen des Volkes darzustellen und sich von den korrupten Eliten zu distanzieren, sondern teilweise komplexere Redewendungen als ihre politischen Konkurrent:innen (McDonnell und Ondelli 2020). Auch die Erforschung der Online-Kommunikation jener Akteure nimmt einen immer größeren Stellenwert ein, etwa ihre Aktivitäten in den klassischen sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter (u. a. Engesser et al. 2017; Froio und Ganesh 2019; Klein und Muis 2019) sowie auf alternativen Plattformen wie Gab (Jasser et al. 2021). Eine zunehmende Rolle spielt dabei auch die visuelle Kommunikation (Doerr 2017; Klein 2020), Kleidung, Gaming, Chat Rooms etc. (Miller-Idriss 2018, 2020) sowie das Verbreiten von Desinformationen (Bennett und Livingston 2018; Hatakka 2020).

4 Nachfrageseite: Ursachen rechtsradikaler Wahlerfolge

Schon früh entstand zudem ein großer, stetig anwachsender Forschungsstrang um die möglichen Ursachen rechtsradikaler Wahlerfolge. Zahlreiche Einzelfallstudien und Vergleiche verdeutlichen, dass sich die Unterstützung rechtsradikaler Parteien nicht monokausal erklären lässt. Stattdessen lohnt es sich, wie Arzheimer (2018) verschiedene Faktoren auf der Mikro-, Meso- und Makroebene zu unterscheiden.

Auf der Mikroebene sind dies vor allem Parteiidentifikation, Kandidierende und Einstellungen (ebd.: 145–152). Dabei wird die Parteiidentifikation in der Forschung zum Wahlverhalten rechtsradikaler Parteien meist ignoriert – wohl auch, da diese Prozesse meist Jahre bis Jahrzehnte dauern, einige rechtsradikale Parteien aber noch gar nicht so lange existieren. Der Fokus liegt daher meist auf der abnehmenden Identifikation mit anderen Parteien, insbesondere im Mitte-Rechts-Spektrum (s. etwa Arzheimer und Carter 2009; Siegers und Jeding 2021). Zudem wurde einzelnen Kandidierenden und „charismatischen Führern“ lange große Bedeutung zugeschrieben, doch ist dieser Trend rückläufig. Stattdessen haben sich viele rechtsradikale Parteien mittlerweile etabliert und profitieren – wie andere Parteien – von der Aufstellung ansprechender Kandidierender (Arzheimer 2018, S. 146). Diese werden jedoch selten genauer untersucht – anders als die politischen Einstellungen und Werteorientierungen der Wähler:innen. Hierbei ist der Erklärungsansatz der reinen „Protestwahl“ nach wie vor sehr prominent, wenn auch empirisch schwer greifbar (ebd.: 146f.). Zudem wird immer häufiger eingeräumt, dass rechtsradikale Wähler:innen die Politikangebote jener Parteien durchaus präferieren. Dies wird auch auf ihre persönlichen Einstellungen und Eigenschaften zurückgeführt, etwa „Anti-Immigrations-Gefühle“, Autoritarismus oder das Gefühl der „relativen Deprivation“ (für einen genaueren Überblick s. Arzheimer 2018, S. 146–152; zu einer ähnlich gerichteten Erklärung ostdeutscher AfD-Wahlerfolge s. Weisskircher 2020).

Faktoren der Mesoebene sind vor allem Parteistärke, Parteiideologie und das Parteiensystem (Arzheimer 2018, S. 152–155). So spielt die Parteiorganisation und -führung eine zentrale Rolle für den Erfolg rechtsradikaler Parteien (Art 2011), wird jedoch nur selten in den Blick genommen (v. a. auf der subnationalen und lokalen Ebene; jedoch Erlingsson et al. 2012). Anders verhält es sich mit der ideologischen Ausrichtung jener Parteien. Während hier lange Zeit die Kombination aus Marktliberalismus und autoritärem Sozialkonservatismus als „Gewinnformel“ galt (Kitschelt 1995), trifft insbesondere ersteres heute zumindest in Westeuropa nicht (mehr) zu. Stattdessen ist jene Parteienfamilie (Mudde 1996; Jungar und Jupskås 2014) von einer hohen ideologischen Heterogenität geprägt, was sich auch an ihrer mangelhaften Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erkennen lässt (McDonnell und Werner 2019). Wie erfolgreich rechtsradikale Parteien sind, hängt auch vom Verhalten der anderen Parteien ab, etwa, inwiefern diese bestimmte Themen (z. B. Immigration) aufgreifen, welche Art von Koalitionsregierungen sie eingehen (zur negativen Wirkung von Großen Koalitionen s. Arzheimer und Carter 2006) oder wie stark sie die rechtsradikale Partei selbst ausgrenzen (mehr dazu im nächsten Abschnitt).

Schließlich finden sich auf der Makroebene institutionelle Faktoren, Immigration und Arbeitslosigkeit, Kriminalität sowie Medien (Arzheimer 2018, S. 155–158). Die empirische Evidenz für deren Effekte ist dabei jedoch vergleichsweise rar und uneindeutig. So ist der Einfluss institutioneller Faktoren (z. B. Wahlsystem, Zentralisierung, Wohlfahrtsstaat) schwer greifbar, da sich diese nur langsam bis gar nicht verändern. Auch der Effekt von Immigration ist nur geringfügig klarer als der von Arbeitslosigkeit, doch können sich die beiden Faktoren auch wechselseitig beeinflussen. Im Hinblick auf Kriminalität finden einige Autor:innen einen Zusammenhang zwischen hohen Kriminalitätsraten und rechtsradikalem Wahlverhalten (u. a. Smith 2010), andere jedoch nur bei solchen Bürger:innen, die bereits entsprechende Einstellungen besitzen (Dinas und van Spanje 2011). Auch hinsichtlich der Rolle der Medien fällt die empirische Evidenz begrenzt aus. Zwar gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen der Salienz von Immigration in den Medien und der Wahl rechtsradikaler Parteien (u. a. Boomgaarden und Vliegenthart 2007), doch basieren solche Studien meist auf aggregierten Daten, sodass der Einfluss des individuellen Medienkonsums unklar bleibt (anders in Experimentalstudien wie von Sheets et al. 2016).

5 Einfluss, Reaktionen und zunehmendes Mainstreaming

Nachdem viel über die Charakteristika und Erfolgsbedingungen populistischer rechtsradikaler Parteien publiziert wurde und sich jene Akteure in immer mehr Ländern etablierten, setzte sich ein weiterer Forschungsstrang zum (in-)direkten Einfluss jener Parteien sowie möglichen „Gegenstrategien“ in Bewegung. Zentrale Bedeutung erlangten dabei die Arbeiten David Arts (2007, 2011), in denen er argumentiert, dass das Verhalten der anderen politischen Parteien, Medienakteure und der Zivilgesellschaft beeinflusst, wie legitim rechtsradikale Parteien wahrgenommen werden und wie leicht sich diese etablieren können. Sein Ansatz wurde häufig aufgegriffen und weiterentwickelt. Während die meisten Arbeiten dabei nach

wie vor einen starken Parteienfokus einnehmen, blicken immer mehr Studien auch auf die Rolle von Medienakteuren (u.a. Ellinas 2010; de Jonge 2021) und der Zivilgesellschaft (Pedahzur 2003; Lundberg 2021).

Welche Handlungsoptionen etablierten Parteien im Umgang mit populistischen rechtsradikalen Parteien zur Verfügung stehen und wie effektiv diese sind, wurde in den letzten Jahren immer stärker theoretisch-konzeptionell sowie empirisch herausgearbeitet. Einen Meilenstein stellte dabei die Studie von William Downs (2001) dar, der zwischen verschiedenen *engage*- und *disengage*-Strategien unterschied. Zwar legte er damit nicht die erste solche Typologie vor (s. etwa Decker 2000; Minkenberg 2001), jedoch die bis dahin differenzierteste. Kurze Zeit später entstanden immer mehr Arbeiten, die die Effektivität einzelner Handlungsoptionen untersuchten, etwa die des *cordon sanitaire* (van Spanje und van der Brug 2007; Rummens und Abts 2010; Pauwels und Teun 2011) oder der direkten Regierungsbeteiligung (Heinisch 2003; Akkerman und de Lange 2012). Zudem beschäftigte sich ein wachsender Anteil an Forschenden mit der Frage, inwiefern sich die etablierten (rechten wie linken) Parteien inhaltlich an Rechtsaußenparteien annähern (s. etwa Bale et al. 2010; van Spanje 2010; Han 2015; Krause und Giebler 2020; Salo und Rydgren 2021). Dabei griffen sie häufig den theoretisch-konzeptionellen Rahmen von Bonnie Meguid (2005) auf, die zwischen *dismissive*, *accommodative* und *adversarial*-Strategien unterscheidet. Inwiefern etablierte Parteien durch die Übernahme rechtsradikaler Positionen Wähler:innen zurückgewinnen (können), stellt bis heute jedoch eine empirisch umstrittene Frage dar (s. etwa Downes und Loveless 2018; Abou-Chadi et al. 2021).

Generell scheint es lohnenswert, nicht nur zwischen den Reaktionen einzelner Akteure zu unterscheiden, sondern auch zwischen verschiedenen Arenen der politischen Auseinandersetzung, etwa Parlament, medialer Öffentlichkeit und Parteienwettbewerb (Heinze und Lewandowsky 2021). Zum einen beeinflussen diese Arenen maßgeblich die zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen, etwa kann eine jede im Parlament vertretene Partei nicht (mehr) völlig ignoriert werden (Heinze 2020). Zum anderen helfen sie auch zu verstehen, in welchen Bereichen Rechtsaußenparteien Einfluss nehmen können. Prinzipiell kann dies auf direkte oder indirekte Weise geschehen (Schain 2006). Zum Beispiel können rechtsradikale Parteien die Immigrationspolitik eines Landes direkt beeinflussen, wenn sie sich selbst in Regierungsverantwortung befinden, oder indirekt, wenn die anderen Parteien ihre Positionen übernehmen oder ihnen Zugeständnisse für die Tolerierung ihrer Minderheitsregierung machen (s. Dänemark 2001–2011; Heinze 2018). Ähnliches gilt für die parlamentarische Arbeit und Debattenkultur (für die AfD s. etwa Atzpodien 2020; Schwanholz et al. 2020; Weiß et al. 2021) und öffentlichen Diskurse (Schwörer und Fernández-García 2021). In vielen osteuropäischen Ländern war zudem in den letzten Jahren beobachtbar, wie rechtsradikale Parteien in Regierungsverantwortung die liberale Demokratie schrittweise unterminieren, etwa durch den Abbau von Minderheitenrechten, der Medienfreiheit und der richterlichen Freiheit (Pirro 2015; Pytlas 2016; Minkenberg 2017; Bustikova 2019).

Zwei Prozesse, die hier eine wichtige Rolle spielen und in der Forschung zunehmend aufgegriffen werden, sind die Normalisierung und das Mainstreaming von Rechtsaußenakteuren und -ideen (Mudde 2019; Mondon und Winter 2020; Wo-

dak 2021). Laut Mudde (2019) prägen diese maßgeblich die „vierte Welle“ von Rechtsaußenpolitik. Während jene Parteien in den frühen Phasen noch stark isoliert waren, wurde diese Ausgrenzung in der „dritten Welle“ immer brüchiger. Mittlerweile waren bereits viele Rechtsaußenparteien in Regierungsverantwortung, sodass exekutive Ausgrenzungen wie die gegenüber der AfD immer größere Ausnahmen darstellen. Zugleich verschwimmen die Grenzen zwischen den Positionen von Mainstream- und Rechtsaußenparteien immer stärker, was sich beispielsweise an nativistischen Kampagnen gegen Migration und Minderheiten beobachten lässt. Entscheidend hierfür sind zwei miteinander in Verbindung stehende Prozesse: Zum einen radikalisieren Rechtsaußenparteien die Positionen der etablierten Parteien, zum anderen übernehmen letztere Rechtsaußenpositionen, wodurch diese zum „Mainstream“ werden (Mudde 2019; Mondon und Winter 2020). Infolgedessen ist bei einigen „konservativen“ Parteien mittlerweile unklar, ob sie nicht vielmehr der rechtsradikalen Parteienfamilie zugeordnet werden müssten (für einen Vergleich europäischer Mitte-Rechts-Parteien siehe Bale und Rovira Kaltwasser 2021). Jene Entwicklungen und graduellen Unterschiede werden bislang kaum empirisch untersucht (anders z. B. Minkenberg 2013; Stocker 2017; Herman und Muldoon 2018). Neben der Vielzahl an Arbeiten zur „Krise“ der liberalen (Parteien-)Demokratie (s. etwa Levitsky und Ziblatt 2018) mangelt es zudem an Visionen und konkreten Maßnahmen zur Stärkung der liberalen Demokratie (anders z. B. Koß 2021).

6 Forschungsperspektiven: Neue Arenen, methodische Zugänge und Stärkung der liberalen Demokratie

Wie gezeigt, sind viele Aspekte rund um „den“ Populismus und die radikale Rechte bereits gut erforscht. Wenngleich die empirische Evidenz nicht immer eindeutig ausfällt und freilich immer neue Phänomene entstehen und erforscht werden möchten, sind Rechtsaußenakteure und -politik vor allem eins: „here to stay“ (Mudde 2019). Von hier aus lassen sich vier weitere zentrale Forschungsperspektiven erkennen:

Erstens stützen sich die meisten, auch vergleichenden Studien zu Rechtsaußenphänomenen auf die nationale Ebene, anstatt Prozesse auf der subnationalen Ebene in den Blick zu nehmen (s. etwa Analysen von nationalen Partei- und Wahlprogrammen oder der Repräsentation der Partei im nationalen Parlament). Dies hängt zum einen mit der Relevanz jener Ebene zusammen und zum anderen mit der Verfügbarkeit der Daten. Dennoch drohen dadurch Erkenntnisse verloren zu gehen, da sich Rechtsaußenparteien in föderalen Systemen häufig zuerst auf der subnationalen und kommunalen Ebene etablieren und Einfluss gewinnen (für die Schwedendemokraten etwa Backlund 2020). Die anderen politischen Akteure müssen sich dabei die Frage stellen, wie sie mit jenen Herausforderern – teilweise auch in vermeintlich „unpolitischen“ Sachfragen – umgehen (z. B. Infrastrukturprojekten). Eine Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene kann maßgeblich zur „Entdämonisierung“ und zum Mainstreaming einer Rechtsaußenpartei beitragen, selbst wenn diese auf höheren Ebenen ausgegrenzt wird. Zum Beispiel nahmen viele Bürger:innen nach der Regierungsübernahme des Rassemblement National auf der lokalen Ebene ihre Stadt sauberer, schöner und mit „mehr Blumen“ wahr (Paxton und Peace 2021, S. 551).

Wenn der *cordon sanitaire* auf den unteren föderalen Ebenen bröckelt, kann er im nächsten Schritt leicht „nach oben“ übertragen werden – ein Prozess, der nur schwer umkehrbar ist (Heinze 2018).

Zweitens gestaltet sich die Mobilisierung von Rechtsaußenakteuren heute inhaltlich, strategisch und organisatorisch sehr komplex. Wie bereits erwähnt, mobilisieren jene Akteure längst nicht mehr nur um ihre „klassischen“ Kernthemen wie Immigration, werden aber nach wie vor häufig an diesen gemessen. Zugleich sind Rechtsaußenakteure nicht mehr „nur“ in der elektoralen Arena aktiv, sondern zunehmend auch „auf der Straße“ und im Netz. Dabei treten sie teilweise auch unterschiedlich radikal auf – in den Parlamenten etwa häufig moderater als in der außerparlamentarischen Arena (Heinze 2020). Dennoch fokussieren sich relativ wenige Studien auf die ideologischen, personellen und strategischen Verbindungen von Rechtsaußenakteuren – jenseits von politischen Parteien – und den (transnationalen) Aktivitäten und Vernetzungen von sozialen Bewegungen, Protesten etc. Castelli Gattinara (2020, S. 2) benennt dieses Defizit als „Elektoralismus“, das heißt eine zu starke Spezialisierung der Forschung auf Parteipolitik. Damit einhergehend kritisiert er auch den „Eurozentrismus“ bisheriger Studien: Diese konzentrieren sich häufig zu stark auf europäische Phänomene und begreifen die zunehmende transnationale Mobilisierung und Vernetzung von Rechtsaußenakteuren zu wenig als ein globales Phänomen (anders z.B. Leidig 2020). Auch im deutschsprachigen Raum fällt auf, dass die Organisation und (internationalen) Aktivitäten von rechtsradikalen Gruppen, Stiftungen, Verlagen, Chat Rooms etc. kaum systematisch erforscht werden.

Drittens blicken die meisten Studien in einer Außenperspektive auf Rechtsaußenorganisationen und -akteure, ohne die tatsächlichen internen Prozesse begreifen zu können. Um diesem „Externalismus“ zu begegnen, müssen Forscher:innen laut Castelli Gattinara (2020, S. 2) viel stärker neue Möglichkeiten nutzen, etwa digitale Daten, Insider-Beobachtungen oder direkte Interaktionen mit Individuen, die Rechtsaußenideen unterstützen und sich mit ihnen identifizieren. Zwar existieren bereits einige Einzelfallstudien, die die Binnenorganisation, Rekrutierung und Aktivitäten jener Parteien, Bewegungen und Gruppen auf der Grundlage von Beobachtungen oder Interviews analysieren (z.B. Fangen 1999; Blee 2003; Busher 2015; Pirro und Róna 2019), doch bleiben internationale Vergleiche bislang aus. Auch in Deutschland nähern sich Studien der radikalen Rechten bislang nur selten aus der Binnenperspektive. Ausnahmen bilden hier zum Beispiel vereinzelte Interviews, Umfragen und teilnehmende Beobachtungen zum Selbstverständnis und zur Arbeitsweise von AfD-Abgeordneten (Schroeder et al. 2017), zur innerparteilichen Demokratie der AfD (Höhne 2021; Kamenova 2021), zu Unterstützer:innen von AfD und PEGIDA (Göpfarth 2021) und zu Aktivist:innen der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (Knopp 2017).

Schließlich ist es höchste Zeit, nach dem überproportionalen Wachstum des Literaturkorpus zu Rechtsaußenphänomenen den Fokus auf die Frage zu lenken, wie die anderen Akteure die liberale Demokratie stärken können. Wie bereits erwähnt, existieren bereits einige Arbeiten, die sich auf die Gatekeeper-Funktion von Parteien (Levitsky und Ziblatt 2018; Koß 2021) und die zentrale Rolle von Medienakteuren (de Jonge 2021) konzentrieren. Daran anschließend sollten zukünftige Studien theoretisch sowie empirisch der Frage nachgehen, wie demokratische Institutio-

nen und Prozesse geschützt werden können und welche normativen Implikationen einzelne Maßnahmen mit sich bringen. Die ist zum Beispiel in den Parlamenten höchst relevant: So haben die deutschen Parteien seit Einzug der AfD erlebt, wie diese teilweise gezielt parlamentarische Instrumente ausnutzt und parlamentarische Prozesse behindert bis blockiert werden (Heinze 2020). Auch für den Schutz der Wissenschaftsfreiheit, die nur sehr selten Aufmerksamkeit erfährt, sind derlei Maßnahmen dringend nötig: Beispielsweise werden Angehörige akademischer Institutionen und Bildungseinrichtungen zunehmend von Rechtsaußenakteuren angegriffen (z. B. durch persönliche Bedrohungen und Einschüchterungspraktiken) und teilweise ganze Studienrichtungen infrage gestellt (z. B. Gender Studies; de Jonge et al. 2021). Diese Beispiele verdeutlichen, dass zahlreiche (ungeschriebene) demokratische Prinzipien keineswegs selbstverständlich sind, sondern dringender denn je geschützt werden müssen.

7 Fazit und Ausblick

Im vorliegenden Artikel wurde der – enorm umfangreiche – Forschungsstand zu den inhaltlichen, organisatorischen und strategischen Wesensmerkmalen des „Rechtspopulismus“, seinem Verhältnis zu Demokratie und seinen Erfolgsfaktoren skizziert. Es wurde gezeigt, warum Populismus am ehesten als „dünne Ideologie“ (Mudde 2004) zu verstehen ist, die in einer Kombination mit Nativismus und Autoritarismus eher als (populistischer) Rechtsradikalismus zu bezeichnen ist. Sinnvoll erscheint auch der Oberbegriff „Rechtsaußenparteien“ für rechtsradikale und rechtsextreme Parteien, wobei nur letztere der (liberalen) Demokratie per se ablehnend gegenüberstehen. Inhaltlich, organisatorisch und strategisch haben sich jene Akteure mit der Zeit immer stärker aufgefächert und zeichnen sich heute durch eine große Heterogenität aus. Beispielsweise sind sie längst keine Einthemenparteien mehr und nicht zwangsläufig von einem „charismatischen“ Führer und einer „einfachen“ Sprache geprägt. Auch die Ursachen rechtsradikaler Erfolge sind komplex und lassen sich auf unterschiedliche Faktoren auf der Mikro-, Meso- und Makroebene zurückführen (Arzheimer 2018). Entscheidend für den Einfluss rechtsradikaler Akteure sind das Verhalten der anderen Parteien, Medienakteure und der Zivilgesellschaft (Art 2007).

Darauf aufbauend wurden vier zentrale Forschungsdesiderate herausgearbeitet, an denen zukünftige Studien anknüpfen können. Erstens sollten mehr Arbeiten die Prozesse auf der subnationalen Ebene untersuchen, etwa die Normalisierung und das Mainstreaming rechtsradikaler Akteure und Positionen auf dieser. Zweitens erscheint es lohnenswert, den Fokus von der Parteipolitik auf Phänomene der nicht-ehlektoralen Ebene zu weiten (z. B. soziale Bewegungen, Protest) und auch deren transnationale Mobilisierung und Vernetzung stärker in den Blick zu nehmen. Drittens müssen rechtsradikale Phänomene und ihre Funktionsweisen stärker aus der Binnenperspektive untersucht und verstanden werden, etwa durch Interviews, Umfragen oder Beobachtungen. Viertens ist es Zeit, den Fokus auf effektive Strategien zur Stärkung der liberalen Demokratie zu richten.

Eine wachsende Herausforderung im Umgang mit rechtsradikalen Akteuren und Positionen sowie deren Erforschung stellt deren zunehmende Normalisierung und

das Mainstreaming dar. Zum einen sind jene Parteien in immer mehr Ländern parlamentarisch vertreten und wurden bereits zahlreich in Regierungsbeteiligung eingeladen – sie sind daher nicht nur immer stärker normalisiert, sondern oftmals auch selbst Teil des „Mainstreams“. Zum anderen vertreten auch (klassische rechte wie linke) Mainstream-Parteien immer häufiger rechtsradikale Positionen, wodurch die Grenzen zwischen ihnen verschwimmen. Wie gezeigt, ist es jedoch dringender denn je, den Fokus auf die Stärkung der liberalen Demokratie zu richten – und zwar in der Forschung wie auch der Praxis.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik, Reto Mitteregger, und Cas Mudde. 2021. *Left behind by the working class? Social democracy's electoral crisis and the rise of the radical right*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Akkerman, Tjitske, und Sarah L. de Lange. 2012. Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing. *Government and Opposition* 47(2):574–596.
- Akkerman, Agnes, Cas Mudde, und Andrej Zaslove. 2014. How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies* 47(9):1324–1353.
- Albertazzi, Daniele, und Stijn van Kessel. 2021. Right-Wing Populist Party Organisation Across Europe: The Survival of the Mass-Party? Introduction to the Thematic Issue. *Politics and Governance* 9(4):224–227.
- Art, David. 2007. Reacting to the radical right: lessons from Germany and Austria. *Party Politics* 13(3):331–349.
- Art, David. 2011. *Inside the radical right: the development of anti-immigrant parties in western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Art, David. 2018. Party organization and the radical right. In *The oxford handbook of the radical right*, Hrsg. Jens Rydgren, 239–250. Oxford: Oxford University Press.
- Arzheimer, Kai. 2018. Explaining electoral support for the radical right. In *The Oxford handbook of the radical right*, Hrsg. Jens Rydgren, 143–165. Oxford: Oxford University Press.
- Arzheimer, Kai. 2019. “Don’t mention the war!” How populist right-wing radicalism became (almost) normal in Germany. *Journal of Common Market Studies* 57(S1):90–102.
- Arzheimer, Kai. 2021. The eclectic, erratic bibliography on the extreme right in western Europe. <https://www.kai-arzheimer.com/extreme-right-western-europe-bibliography/>. Zugegriffen: 4. Jan. 2022.
- Arzheimer, Kai, und Elisabeth Carter. 2006. Political opportunity structures and right-wing extremist party success. *European Journal of Political Research* 45(3):419–443.
- Arzheimer, Kai, und Elisabeth Carter. 2009. Christian religiosity and voting for west European radical right parties. *West European Politics* 32(5):985–1011.

- Atzpodien, Dana Siobhan. 2020. Party competition in migration debates: the influence of the AfD on party positions in German state parliaments. *German Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644008.2020.1860211>.
- Backlund, Anders. 2020. *Isolating the radical right: coalition formation and policy adaptation in Sweden*. Södertörn University.
- Bale, Tim, and Cristóbal Rovira Kaltwasser. 2021. *Riding the populist wave. Europe's mainstream right in crisis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bale, Tim, Christoffer Green-Pedersen, André Krouwel, Kurt Richard Luther, and Nick Sitter. 2010. If you can't beat them, join them? Explaining social democratic responses to the challenge from the populist radical right in western Europe. *Political Studies* 58(3):410–426.
- Bennett, W. Lance, and Steven Livingston. 2018. The disinformation order: Disruptive communication and the decline of democratic institutions. *European Journal of Communication* 33(2):122–139.
- Berbuir, Nicole, Marcel Lewandowsky, and Jasmin Siri. 2015. The AfD and its sympathisers: finally a right-wing populist movement in Germany? *German Politics* 24(2):154–178.
- Betz, Hans-Georg. 1998. Introduction. In *The new politics of the right: Neo-populist parties and movements in established democracies*, Hrsg. Hans-Georg Betz, Stefan Immerfall, 1–10. New York: St. Martin's Press.
- Blee, Kathleen. 2003. *Inside organized racism: women in the hate movement*. London, Los Angeles: University of California Press.
- Boomgaarden, Hajo G., and Rens Vliegenthart. 2007. Explaining the rise of anti-immigrant parties: the role of news media content. *Electoral Studies* 26(2):404–417.
- Busher, Joel. 2015. *The making of anti-muslim protest: grassroots activism in the English defence league*. London: Routledge.
- Bustikova, Lenka. 2019. *Extreme reactions. Radical right mobilization in eastern Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Canovan, Margaret. 1981. *Populism*. London: Junction.
- Canovan, Margaret. 1999. Trust the people! Populism and the two faces of democracy. *Political Studies* 47(1):2–16.
- Castelli Gattinara, Pietro. 2020. The study of the far right and its three E's: why scholarship must go beyond Eurocentrism, electoralism and externalism. *French Politics* 18(3):314–333.
- Castelli Gattinara, Pietro, and Andrea L.P. Pirro. 2019. The far right as social movement. *European Societies* 21(4):447–462.
- De Jonge, Léonie. 2021. *The success and failure of right-wing populist parties in the Benelux countries*. Abingdon: Routledge.
- De Jonge, Léonie, Iris Beau Segers, and Cathrine Thorleifsson. 2021. From grassroots to government: far-right threats to academic freedom. <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/news-and-events/right-now/2021/from-grassroots-to-government-far-right-threats-to.html>. Zugegriffen: 4. Jan. 2022.
- Decker, Frank. 2000. *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dinas, Elias, and Joost van Spanje. 2011. Crime story: the role of crime and immigration in the anti-immigration-vote. *Electoral Studies* 30(4):658–671.
- Doerr, Nicole. 2017. Bridging language barriers, bonding against immigrants: a visual case study of transnational network publics created by far-right activists in Europe. *Discourse & Society* 28(1):3–23.
- Downes, James F., and Matthew Loveless. 2018. Centre right and radical right party competition in Europe: strategic emphasis on immigration, anti-incumbency, and economic crisis. *Electoral Studies* 54:148–158.
- Downs, William M. 2001. Pariahs in their midst: Belgian and Norwegian parties react to extremist threats. *West European Politics* 24(3):23–42.
- Ellinas, Antonis A. 2010. *The media and the far right in western Europe. Playing the nationalist card*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Engesser, Sven, Nayla Fawzi, and Anders Olof Larsson. 2017. Populist online communication: introduction to the special issue. *Information, Communication & Society* 20(9):1279–1292.
- Erlingsson, Gissur Ó., Karl Loxbo, and Richard Öhrvall. 2012. Anti-immigrant parties, local presence and electoral success. *Local Government Studies* 38(6):817–839.
- Falkenbach, Michelle, and Scott L. Greer (Hrsg.). 2021. *The populist radical right and health. National policies and global trends*. New York: Springer.
- Fangen, Katrine. 1999. On the margins of life: life stories of radical nationalists. *Acta Sociologica* 42(4):357–374.

- Forchtner, Bernhard (Hrsg.). 2019. *The far right and the environment. Politics, discourse and communication*. Abingdon: Routledge.
- Freedon, Michael. 1998. Is nationalism a distinct ideology? *Political Studies* 46(4):748–765.
- Froio, Caterina, und Bharath Ganesh. 2019. The transnationalisation of far right discourse on Twitter. Issues and actors that cross borders in Western European democracies. *European Societies* 21(4):513–539.
- Göpfarth, Julian. 2021. Activating the socialist past for a nativist future: far-right intellectuals and the prefigurative power of multidirectional nostalgia in Dresden. *Social Movement Studies* 20(1):57–74.
- Han, Kyung Joon. 2015. The impact of radical right-wing parties on the positions of mainstream parties regarding Multiculturalism. *West European Politics* 38(3):557–576.
- Hatakka, Niko. 2020. Expose, debunk, ridicule, resist! Networked civic monitoring of populist radical right online action in Finland. *Information, Communication & Society* 23(9):1311–1326.
- Hawkins, Kirk A. 2009. Is Chávez populist? Measuring populist discourse in comparative perspective. *Comparative Political Studies* 42(8):1040–1067.
- Heinisch, Reinhard. 2003. Success in Opposition – Failure in Government: Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office. *West European Politics* 26(3):91–130. <https://doi.org/10.1080/01402380312331280608>
- Heinisch, Reinhard, und Oscar Mazzoleni (Hrsg.). 2016. *Understanding populist party organisation. The radical right in western Europe*. London: Palgrave.
- Heinze, Anna-Sophie. 2018. Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison. *West European Politics* 41(2):287–309.
- Heinze, Anna-Sophie. 2020. *Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten*. Baden-Baden: Nomos.
- Heinze, Anna-Sophie, und Marcel Lewandowsky. 2021. Arenen der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Erfahrungen aus Deutschland und den Niederlanden. In *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus*, Hrsg. Frank Decker, Bernd Henningsen, Marcel Lewandowsky, und Philipp Adorf, 555–573. Baden-Baden: Nomos.
- Heinze, Anna-Sophie, und Manès Weisskircher. 2021. No strong leaders needed? AfD party organisation between collective leadership, internal democracy, and “movement-party” strategy. *Politics and Governance* 9(4):263–274.
- Heinze, Anna-Sophie, und Manès Weisskircher. 2022. How political parties respond to pariah street protest: the case of anti-corona mobilization in Germany. *German Politics*. Im Erscheinen.
- Herman, Lise Esther, und James Muldoon (Hrsg.). 2018. *Trumping the mainstream. The conquest of democratic politics by the populist radical right*. Abingdon: Routledge.
- Höhne, Benjamin. 2021. How democracy works within a populist party: candidate selection in the alternative for Germany. *Government and Opposition*. <https://doi.org/10.1017/gov.2021.33>.
- Jasser, Greta, Jordan McSwiney, Ed Pertwee, und Savvas Zannettou. 2021. „Welcome to #GabFam“: Far-right virtual community on Gab. *New Media & Society*. <https://doi.org/10.1177/14614448211024546>.
- Jungar, Ann-Cathrine, und Anders Ravik Jupskås. 2014. Populist radical right parties in the nordic region: a new and distinct party family? *Scandinavian Political Studies* 37(3):215–238.
- Kamenova, Valeriya. 2021. Internal democracy in populist right parties: the process of party policy development in the Alternative for Germany. *European Political Science Review* 13(4):488–505.
- Kitschelt, Herbert. 1995. *The radical right in western Europe. A comparative analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Klein, Ofra. 2020. Misleading memes. The effects of deceptive visuals of the British national party. *Partecipazione e Conflitto* 13(1):154–179.
- Klein, Ofra, und Jasper Muis. 2019. Online discontent: comparing Western European far-right groups on Facebook. *European Societies* 21(4):540–562.
- Knopp, Vincent. 2017. *Die Junge Alternative für Deutschland (JA) in Nordrhein-Westfalen – Rekonstruktion einer parteipolitischen Profilbildung*. Dissertation. Siegen: Universität Siegen.
- Koß, Michael. 2021. *Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen*. DTV.
- Köttig, Michaela, Renate Bitzan, und Andrea Petö (Hrsg.). 2017. *Gender and far right politics in Europe*. Basingstoke: Palgrave.
- Krause, Werner, und Heiko Giebler. 2020. Shifting welfare policy positions: the impact of radical right populist party success beyond migration politics. *Representation* 56(3):331–348.
- Laclau, Ernesto. 2005. *On populist reason*. London: Verso.
- Leidig, Eviane (Hrsg.). 2020. *Mainstreaming the global radical right*. CARR Yearbook 2019/2020. Ibi-dem.

- Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt. 2018. *How democracies die*. Penguin Random House.
- Lundberg, Erik. 2021. Guardians of democracy? On the response of civil society organisations to right-wing extremism. *Scandinavian Political Studies* 44(2):170–194.
- McDonnell, Duncan, und Annika Werner. 2019. *International populism: the radical right in the European parliament*. London: C. Hurst & Co.
- McDonnell, Duncan, und Stefano Ondelli. 2020. The language of right-wing populist leaders: not so simple. *Perspectives on Politics*. <https://doi.org/10.1017/S1537592720002418>.
- Meguid, Bonnie M. 2005. Competition between unequals: the role of mainstream party strategy in niche party success. *American Political Science Review* 99(3):347–359.
- Meijers, Maurits J., und Andrej Zaslove. 2020. Measuring populism in political parties: appraisal of a new approach. *Comparative Political Studies*. <https://doi.org/10.1177/0010414020938081>.
- Mendes, Mariana S., und James Dennison. 2021. Explaining the emergence of the radical right in Spain and Portugal: salience, stigma and supply. *West European Politics* 44(4):752–775.
- Mény, Yves, und Yves Surel (Hrsg.). 2002. *Democracies and the populist challenge*. Basingstoke: Palgrave.
- Miller-Idriss, Cynthia. 2018. *The extreme gone mainstream: commercialization and far right youth culture in Germany*. Princeton: Princeton Studies in Cultural Sociology.
- Miller-Idriss, Cynthia. 2020. *Hate in the homeland. The new global far right*. Princeton: Princeton University Press.
- Minkenberg, Michael. 2001. The radical right in public office: agenda-setting and policy effects. *West European Politics* 24(4):1–21.
- Minkenberg, Michael. 2013. From pariah to policy-maker? The radical right in Europe, west and east: between margin and mainstream. *Journal of Contemporary European Studies* 21(1):5–24.
- Minkenberg, Michael. 2017. *The radical right in eastern Europe: democracy under siege?* Basingstoke: Palgrave.
- Moffitt, Benjamin. 2020. *Populism*. Cambridge, Medford: Polity Press.
- Mondon, Aurelien, und Aaron Winter. 2020. *Reactionary democracy. How racism and the populist far right became mainstream*. Verso.
- Mudde, Cas. 1996. The war of words. Defining the extreme right party family. *West European Politics* 19(2):225–248.
- Mudde, Cas. 2004. The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39(4):541–563.
- Mudde, Cas. 2007. *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas. 2019. *The far right today*. Cambridge, Medford: Polity Press.
- Pauwels, Teun. 2011. Explaining the strange decline of the populist radical right Vlaams Belang in Belgium: the impact of permanent opposition. *Acta Politica* 46(1):60–82.
- Paxton, Fred, und Timothy Peace. 2021. Window dressing? The mainstreaming strategy of the rassemblement national in power in French local government. *Government and Opposition* 56(3):545–562.
- Pedahzur, Ami. 2003. The potential role of „pro-democratic civil society“ in responding to extreme right-wing challenges: the case of Brandenburg. *Contemporary Politics* 9(1):63–74.
- Pirro, Andrea L.P. 2015. *The populist radical right in central and eastern Europe. Ideology, impact, and electoral performance*. Abingdon: Routledge.
- Pirro, Andrea L.P., und Dániel Róna. 2019. Far-right activism in Hungary: youth participation in Jobbik and its network. *European Societies* 21(4):603–626.
- Pytlas, Bartek. 2016. *Radical right parties in central and eastern Europe. Mainstream party competition and electoral fortune*. Abingdon: Routledge.
- Rooduijn, Matthijs, Stijn van Kessel, Caterina Froio, Andrea L.P. Pirro, Sarah de Lange, Daphne Halikio-poulou, Paul Lewis, Cas Mudde, und Paul Taggart. 2019. The populist: an overview of populist, far right, far left and eurosceptic parties in Europe. www.popu-list.org. Zugegriffen: 4. Jan. 2022.
- Rummens, Stefan, und Koen Abts. 2010. Defending democracy: the concentric containment of political extremism. *Political Studies* 58(4):649–665.
- Salo, Sanna, und Jens Rydgren. 2021. *The battle over working-class voters. How social democracy has responded to the populist radical right in the nordic countries*. Abingdon: Routledge.
- Schain, Martin. 2006. The extreme-right and immigration policy-making: Measuring direct and indirect effects. *West European Politics* 29(2):270–289. <https://doi.org/10.1080/01402380500512619>
- Schroeder, Wolfgang, Bernhard Weßels, Christian Neusser, und Alexander Berzel. 2017. *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

- Schwanholz, Julia, Marcel Lewandowsky, Christoph Leonhardt, und Andreas Blätte. 2020. The upsurge of right-wing populism in Germany. In *Legislative decline in the 21st century. A comparative perspective*, Hrsg. Irina Khmelko, Rick Stapenhurst, und Michael L. Mezey, 184–197. Abingdon: Routledge.
- Schwörer, Jakob, und Belén Fernández-García. 2021. Demonisation of political discourses? How mainstream parties talk about the populist radical right. *West European Politics* 44(7):1401–1424.
- Sheets, Penelope, Linda Bos, und Hajo G. Boomgaarden. 2016. Media cues and citizen support for right-wing populist parties. *International Journal of Public Opinion Research* 28(3):307–330.
- Siegers, Pascal, und Alexander Jedinger. 2021. Religious immunity to populism: christian religiosity and public support for the alternative for Germany. *German Politics* 30(2):149–169.
- Smith, Jason Matthew. 2010. Does crime pay? Issue ownership, political opportunity, and the populist right in western Europe. *Comparative Political Studies* 43(11):1471–1498.
- Stocker, Paul. 2017. *English uprising Brexit and the mainstreaming of the far-right*. Melville: House Books.
- Taggart, Paul. 2000. *Populism*. Buckingham: Open University Press.
- Van Kessel, Stijn. 2015. *Populist parties in europe. Agents of discontent?* Basingstoke (Hampshire), New York: Palgrave Macmillan.
- Van Spanje, Joost. 2010. Contagious parties. Anti-immigration parties and their impact on other parties' immigration stances in contemporary western Europe. *Party Politics* 16(5):563–586.
- Van Spanje, Joost, und Wouter van der Brug. 2007. The party as pariah: the exclusion of anti-immigration parties and its effect on their ideological positions. *West European Politics* 30(5):1022–1040.
- Weiß, Tobias, Marina König, Christian Stecker, Jochen Müller, Andreas Blätte, und Marcel Lewandowsky. 2021. „Seit Köln“, und „nach Chemnitz“ – Schlüsselereignisse im parlamentarischen Diskurs. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 15(1):39–80.
- Weisskircher, Manès. 2020. The strength of far-right AfD in eastern Germany: the east-west divide and the multiple causes behind „populism“. *The Political Quarterly* 91(3):614–622.
- Weisskircher, Manès, und Lars-Erik Berntzen. 2019. Remaining on the streets: anti-islamic PEGIDA mobilization and ist relationship to far right party politics. In *Radical right movement parties in Europe*, Hrsg. Manuela Caiani, Ondřej Císař, 114–130. Abingdon: Routledge.
- Weyland, Kurt. 2017. Populism: a political-strategic approach. In *The Oxford handbook of populism*, Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo, und Pierre Ostiguy, 48–73. Oxford: Oxford University Press.
- Wodak, Ruth. 2021. *The politics of fear: the shameless normalization of far-right discourse*. Cambridge: Cambridge University Press.